

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)184

20. Januar 2025

Stellungnahme
Prof. Dr. Jens-Christian Wagner

zum Fachgespräch zu TOP 2 der 72. Sitzung am 29. Januar 2025

Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund
extremistischer Angriffe

Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund extremistischer Angriffe

Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora/Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorbemerkung

Die Arbeit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora wird jeweils hälftig durch institutionelle Förderung durch den Bund und den Freistaat Thüringen ermöglicht. Die finanzielle Unterstützung durch die BKM erfolgt auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages.

Angriffe auf die Gedenkstättenarbeit

Anfeindungen gegen und Angriffe auf die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Weit überwiegend handelt es sich um rechtsextrem motivierte Übergriffe. Hinzu kommen Anfeindungen durch linke Gruppen sowie vermeintlich unpolitischer Vandalismus, der sich durch unangemessenes und respektloses Verhalten an den historischen Tat- und Leidensorten zeigt (z.B. Schlittenfahren auf den Massengräbern, Fotoinszenierungen vor und in Öfen des ehemaligen Krematoriums, Trinkgelage junger Männer auf dem Gedenkstättenparkplatz, Lärmen und Urinieren auf dem Friedhofsgelände, driftende Autofahrer auf den Parkplätzen, Beschädigung von Vitrinen und Exponaten in den Ausstellungen etc.). Im Folgenden werden die mutmaßlich politisch motivierten Übergriffe näher vorgestellt.

Security und Polizei

Zum Schutz vor den genannten Übergriffen beschäftigt die Stiftung ein Security-Unternehmen. Es hat die Aufgabe, die Gelände der beiden Gedenkstätten mit einer Gesamtfläche von rund 260 ha und etliche Gebäude zu bewachen, Übergriffe zu verhindern und für Sicherheit der Besuchenden wie auch der Mitarbeiter:innen zu sorgen. Bei den Gebäuden handelt es sich sowohl um historische Baulichkeiten wie die ehemaligen Krematorien, Denkmalanlagen, Ausstellungen, Seminarräume, Archive und Bibliotheken sowie Mitarbeiter:innen-Büros. Für die Security gibt die Stiftung fast 10 Prozent ihres Etats aus – Geld, das selbstverständlich besser für die Bildungsarbeit eingesetzt werden könnte.

Jeder Vorfall, den die Gedenkstättenleitung als justiziabel einschätzt, wird zur Anzeige gebracht. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist gut; es finden monatliche Besprechungen zwischen der PI Weimar und der Stiftungsleitung statt. Der Austausch mit der PI Nordhausen (diese ist für die Gedenkstätte Mittelbau-Dora zuständig) ist ebenfalls eng. Die Polizei bestreift die Gedenkstätten regelmäßig, bei konkreten Bedrohungslagen wird auch dauerhaft eine Streife in die Gedenkstätten abgestellt.

Rechtsextrem motivierte Angriffe

Stark zugenommen haben in den vergangenen Jahren mutmaßlich rechtsextrem motivierte Sachbeschädigungen und Angriffe auf die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Wiederholt wurden Gedenksteine oder Infotafeln mit rechtsextremen und/oder antisemitischen Parolen und Zeichen beschmiert (z.B. Hakenkreuze oder SS-Runen). Immer wieder werden an Wänden, Tafeln und Laternenmasten Aufkleber neonazistischer Organisationen und extrem rechter Parteien angebracht. Internationales Aufsehen erregten mehrfach Vorfälle, bei denen in der Umgebung von Weimar und im Umfeld der Gedenkstätte Buchenwald namentlich gekennzeichnete Gedenkbäume für Häftlinge des KZ Buchenwald abgesägt wurden (von insgesamt ca. 250 seit 1999 von der Lebenshilfe Weimar gepflanzten Gedenkbäumen wurden bislang rund 50 abgesägt oder umgebrochen; die Täter konnten nicht ermittelt werden). Noch deutlich häufiger als innerhalb der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, die von eigener Security bewacht werden, werden außerhalb von ihnen Angriffe verzeichnet. In Weimar etwa vergeht kaum eine Woche, ohne dass Stolpersteine, die an NS-Opfer erinnern, beschmiert, zerstört oder herausgerissen werden. In Apolda bei Weimar wurde Anfang Januar 2025 von Unbekannten ein Schweinekopf vor die Gedenkstätte Prager Haus gelegt, die an die von den Nationalsozialisten verfolgten Juden in der Stadt erinnert. Regelmäßig erfolgen zudem in ganz Thüringen Beschädigungen und Schmierereien an Stelen, die an die Todesmärsche aus Buchenwald und Mittelbau-Dora erinnern.

Deutlich zugenommen hat zudem aggressives Verhalten einzelner Besucher:innen der Gedenkstätten gegenüber den Mitarbeitenden. In Einzelfällen kam es dabei zu tätlichen Übergriffen. Meist handelt es sich um verbale Provokationen und Beschimpfungen, häufig mit geschichtsrevisionistischem Hintergrund. Zu solchen Vorfällen zählen auch verbale Provokationen, z.B. laute „Heil-Hitler“-Rufe. Bisweilen fotografieren oder filmen sich Besucher:innen dabei gegenseitig und posten die Fotos und Videos als „Trophäen“ auf Social Media.

Beschimpfungen und Beleidigungen bis hin zu Drohungen erfolgen zudem telefonisch und schriftlich (per Email oder in zumeist anonymen Briefen). Häufig erfolgen Provokationen auch mittels einschlägiger rechtsextremer Symbole auf der Kleidung oder auf der Haut (Tattoos). In solchen Fällen werden die Besucher:innen aufgefordert, diese Zeichen abzudecken. Sind sie strafbar, erfolgt eine Anzeige.

Deutlich stärker als in Form provokanten Auftretens oder gar offener Angriffe zeigt sich die zunehmende Abwehrhaltung gegenüber der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in einem Phänomen, das in den Gedenkstätten bei den Teilnehmer:innen von Bildungsformaten seit einigen Jahren mit zunehmender Tendenz beobachtet wird: Teilnehmer:innen stellen die Verbrechen nicht offen in Frage, verweigern aber mehr oder weniger die aktive Mitarbeit in den auf Austausch angelegten Bildungsformaten: Sie hören passiv zu, widersprechen nicht, verweigern aber explizit den inhaltlichen Austausch, wenn es um Gegenwartsbezüge und die Lehren aus den NS-Verbrechen geht. Eine Reflexion etwa über bis in die Gegenwart reichende Kontinuitäten ist offenbar nicht erwünscht. Erwartet wird stattdessen ein rein historisches, auf die Zeit von 1933 bis 1945 begrenztes Bildungsprogramm. Es offenbart sich darin ein Geschichtsbild, das den Nationalsozialismus gewissermaßen aus der deutschen Geschichte herausschneidet. Die historisch-politische

Bildung in den Gedenkstätten (und nicht nur dort) stellt das vor ganz neue Herausforderungen.

Rechter Geschichtsrevisionismus

Ein in den letzten Jahren deutlich gewachsenes Problem stellt für die Gedenkstättenarbeit der Geschichtsrevisionismus dar, auch wenn dieser kein neues Phänomen ist. Schon vor 1945 verbreiteten die Nationalsozialisten schuldumkehrende Legenden, sprachen von jüdischen Vernichtungsplänen gegenüber Deutschland oder davon, dass für den Zweiten Weltkrieg wahlweise die Juden, die Briten, die Polen oder die Sowjetunion verantwortlich seien. Nach dem Krieg wärmten ehemalige Nazis und neue Rechtsextreme diese Legenden auf.

Ziel solcher Legenden war und ist es, die deutsche Geschichte in eine Erfolgsgeschichte umzudeuten und die Verbrechen des Nationalsozialismus (wie auch des deutschen Kolonialismus) kleinzureden, zu verharmlosen und zu relativieren oder eine Schuldumkehr zu betreiben, indem die Alliierten (oder auch angebliche jüdische Verschwörer) als die eigentlichen Kriegsverbrecher und Schuldigen dargestellt werden. Wer Nationalismus und Stolz auf die deutsche Geschichte propagiert, muss versuchen, sie vom Makel der NS-Verbrechen zu befreien, sie gewissermaßen zu entkriminalisieren. Oder man schiebt sie anderen in die Schuhe. So behaupten Rechtsextreme und Rechtspopulisten seit gut zehn Jahren (zuletzt die AfD-Vorsitzende Alice Weidel im Gespräch mit Elon Musk), die Nazis seien in Wirklichkeit Linke gewesen, schließlich nannten sie sich ja National-„Sozialisten“. Auf diese Weise versuchen sie, rechtsextremes Denken vom Stigma des Holocaust zu befreien und zugleich den politischen Gegner damit zu belasten.

In jüngster Zeit hat sich dieser Trend verstärkt. Im Zuge digitaler Desinformation flutet eine neue Welle geschichtsrevisionistischer Mythen die sozialen Medien. Was früher nur bei obskuren Verlagen mit Postfachadressen verfügbar war, ist heute nur einen Mausklick entfernt. In Foren, Blogs und sozialen Netzwerken kursieren Holocaust-verharmlosende und NS-verherrlichende Inhalte, die sich mit alarmierender Geschwindigkeit viral verbreiten. Das zeigt sich auch in den Gedenkstätten: Immer öfter sind die Mitarbeitenden dort mit Besucher:innen konfrontiert, die im Brustton der Überzeugung geschichtsrevisionistische Mythen verbreiten. Häufig beginnt das mit Signalfragen, also mit vermeintlich harmlosen Fragen oder Behauptungen, deren geschichtsrevisionistische Stoßrichtung für Personen, die mit derartigen Chiffren nicht vertraut sind, nicht auf den ersten Blick erkennbar ist.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht nur bei anonymer Internetpropaganda, sondern auch bei politischen Akteuren, die geschichtsrevisionistische Mythen aktiv verbreiten und die Gedenkstättenarbeit anfeinden. Das gilt vor allem für die rechtsoffene bis rechtsextreme Mischszene aus Reichsbürgern, „Montagsdemonstranten“, Identitären, Pandemieleugnern, Putin-Anhängern wie auch die Neue und die Alte Rechte – und für die AfD. Letztere ist sowohl Symptom als auch Motor dieser Entwicklung. Ständig reden Vertreter:innen der AfD die NS-Verbrechen klein, relativieren sie oder betreiben Schuldumkehr, wenn sie die Alliierten als die eigentlichen Kriegsverbrecher bezeichnen, wie das etwa der Nordhäuser AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Prophet machte, der in Beiträgen auf der Website der AfD Nordhausen den britischen Luftangriff auf Dresden mit Auschwitz gleichsetzte, den amerikanischen Befreier des KZ Mittelbau-Dora „Morallosigkeit“ vorwarf sowie vom „Schuldskult“ sprach und mit Geraune über den Morgenthau-Plan und die

angeblichen Verbrechen in den Rheinwiesenlagern antisemitisch aufgeladene Legenden verbreitete. Derzeit ist Prophet von seiner Partei zur Wahl als Vizepräsident des Thüringer Landtags nominiert. Sein Thüringer Parteichef Höcke wiederum forderte bekanntlich eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, und der AfD-Bundes-Ehrenvorsitzende Gauland bezeichnete die NS-Zeit in einer Rede in Thüringen als „Vogelschiss in über 1000 Jahren [sic!] erfolgreicher deutscher Geschichte“. Der AfD-Europa-Spitzenkandidat Maximilian Krah wiederum ließ im Wahlkampf 2024 kaum eine Gelegenheit aus, die Wehrmachtsverbrechen zu leugnen und die SS zu verharmlosen.

Und nicht nur NS-Verharmlosung betreibt die AfD, sondern sie setzt zunehmend auch positive Bezüge zum Nationalsozialismus, wenn sie sich etwa in ihrem Landtagswahlprogramm für Thüringen auf den radikalen Hitler-Bewunderer und Antisemiten Franz Langheinrich beruft oder wenn Björn Höcke in seinen Social-Media-Kanälen zustimmend ein Zitat von Arthur Moeller van den Bruck postet, der dem NS-Staat mit seinem Buch „Das Dritte Reich“ den Namen gab, oder wenn er behauptet, Europa werde von „raumfremden Mächten“ regiert, ein Begriff, den der NS-Staatsrechtler Carl Schmitt 1941 prägte. Ein anderes Beispiel ist ein X-Post von Björn Höcke von Ende Oktober 2024, in dem er eine antisemitische Karikatur aus einer SS-Zeitschrift verbreitete (<https://www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/Hoecke-teilt-NS-Karikatur>). Mehrere AfD-Mandatsträger, auch außerhalb Thüringens, nutzten zudem den Volkstrauertag im November 2024, um Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben und den von den Nationalsozialisten eingeführten Begriff des „Heldengedenktages“ wiederaufleben zu lassen (vgl. <https://www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/Volkstrauertag-2024-Thueringen>).

Eine besonders perfide Form der Täter-Opfer-Umkehr zeigte der Thüringer Landtagsabgeordnete Sascha Schlösser Mitte November 2024: Er empfahl, am Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald besser in die Ortschaft Gispersleben bei Erfurt zu fahren, um dort 50 „blutjunger deutscher Soldaten“ zu gedenken, die von US-Soldaten erschossen worden seien. Tatsächlich handelte es sich überwiegend um SS-Angehörige, von denen die meisten bei Gefechten mit den Amerikanern starben. Etwa 12 SS-Angehörige wurden tatsächlich von den Amerikanern erschossen; sie hatten zuvor amerikanische Kriegsgefangene erschossen (vgl. <https://www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/Schuldumkehr-im-Landtag>).

Besonders alarmierend ist, dass diese Aussagen nicht nur im politischen Raum, sondern durch AfD-Abgeordnete auch aus den Parlamenten heraus verbreitet werden. Das verleiht ihnen eine scheinbare demokratische Legitimation und beschleunigt ihre Verbreitung im öffentlichen Raum. Zudem können sich dadurch gewaltbereite Neonazis ermutigt fühlen, in den Gedenkstätten zur Tat zu schreiten.

Über allgemeine geschichtsrevisionistische Positionen hinaus wird die Arbeit der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora durch die AfD auch direkt angefeindet und in ihrer Arbeit behindert. Einige Beispiele seien im Folgenden genannt.

1. Im Sommer 2021 brachte der AfD-Ortsverband Weimar im Vorfeld der Bundestagswahl illegal Wahlplakate am Parkplatz der Gedenkstätte Buchenwald an – auf einer Liegenschaft der Stiftung und an Laternenmasten, die der Stiftung gehören. Inhalt der Plakate war u.a. der Slogan „Mut zur Wahrheit“, was im Kontext der Gedenkstätte nur so verstanden werden kann, als werde der Gedenkstätte

unterstellt, die historische Unwahrheit zu verbreiten. Nachdem die Gedenkstättenleitung die Plakate sichergestellt hatte (mit Benachrichtigung an den AfD-Ortsverband, dass er sich seine Plakate abholen könne), verbreitete die Weimarer AfD-Stadtratsfraktion auf ihrem Facebook-Account die Nachricht, Stiftungsdirektor Wagner sei „unwürdig“ und ein „Kleinkrimineller“. Nach Aufforderung durch den Rechtsbeistand der Stiftung löschte der AfD-Ortsverband den Beitrag.

2. Mehrfach bereits haben Funktionäre der AfD Thüringen die Absetzung von Stiftungsdirektor Wagner gefordert, so etwa Co-Landessprecher Stefan Möller am 15.2.2024 auf der Plattform X. Als Begründung gab er an, dass ihn Wagners „Tendenz zum Predigen auf den Senkel“ gehe – eine Anspielung auf das „Schuld kult“-Narrativ der extremen Rechten.
3. Nachdem die Stiftung im August 2024 in einer von Spendengeldern der Organisation Compact finanzierten Postwurfsendung auf den Geschichtsrevisionismus der Thüringer AfD hingewiesen hatte, starteten Mitglieder des Landesvorstandes über Social Media eine Desinformationskampagne gegen die Stiftung, indem sie wahrheitswidrig behaupteten, die Postwurfsendung sei von staatlichen Geldern finanziert worden und die Stiftung habe gegen den Datenschutz und das Neutralitätsgebot verstoßen. Folge war ein „Shitstorm“ gegen die Stiftung in Social Media sowie in Form von beschimpfenden Anrufen, Mails und Postsendungen gegen die Stiftung, darunter auch Todesdrohungen gegen den Stiftungsdirektor (z.B. eine anonym eingesandte Fotomontage, die den Stiftungsdirektor am Galgen hängend vor dem Lagertor des KZ Buchenwald zeigt, darunter der Schriftzug „Ein Galgen, ein Stick, ein Wagnergenick“). Zudem wurde ein Foto des Stiftungsdirektors auf einer Todesmarschstele in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora angebracht. Zur Kampagne der AfD gegen die Stiftung im Zusammenhang mit der Postwurfsendung gehörte zudem eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung vom 2.9.2024, in der dem Stiftungsdirektor „fortlaufend undemokratisches Verhalten“ unterstellt wurde. Zusätzlich klagte der Landesverband der AfD Thüringen vor dem Verwaltungsgericht Weimar auf Unterlassung gegen die Stiftung, weil sie mit der Postwurfsendung gegen die Neutralitätspflicht verstoßen habe. Das wurde vom VG Weimar mit der Begründung zurückgewiesen, dass die Stiftung entsprechend ihres gesetzlichen Auftrags verpflichtet sei, sich gegen Holocaust-verharmlosende Positionen einzusetzen. Gegenüber der Verletzung der Würde der Opfer der NS-Verfolgung könne die Stiftung nicht neutral sein (Beschluss des VG Weimar vom 5.11.2024; AZ: 8 E 162/24).
4. Obstruktionspolitik betreibt die AfD-Landtagsfraktion in Thüringen gegenüber der Stiftung mit Kleinen Anfragen. Bereits zweimal (2021 und aktuell 2025) forderte sie die Landesregierung auf, minutiös für jeweils mehrere Jahre aufzuführen, welche Drittmittelprojekte die Stiftung mit welchen Partnern in welcher Höhe und mit welchem Inhalt realisiert hat und welche Politiker welcher Parteien bei Veranstaltungen auf dem Gelände der Gedenkstätten aufgetreten sind sowie welche Veranstaltungen die Stiftung mit welchen Partner:innen organisiert hat. Auch das Berufungsverfahren des Stiftungsdirektors (es handelte sich um ein universitäres Berufungsverfahren) wurde in Frage gestellt. Ferner wurde nach der Herkunft und der Parteizugehörigkeit der Mitglieder u.a. des internationalen wissenschaftlichen Kuratoriums der Stiftung gefragt. Zuletzt, Mitte Januar 2025, ging eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion zur Verwendung von 300.000 EUR ein, die der Stiftung von

Bund und Land für die Veranstaltungen zum 80. Jahrestag der Lagerbefreiungen im April 2025 zur Verfügung gestellt werden (u.a. werden damit die Reisen ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen zu den Veranstaltungen finanziert). Das Ziel solcher Anfragen ist klar: Zum einen geht es darum, der Stiftung mit solchen Anfragen zu beschäftigen und von ihrer eigentlichen Arbeit abzuhalten (die Beantwortung der Fragen nach den Drittmittelprojekten und den Redner:innen auf Veranstaltungen der Stiftung band jeweils erhebliche Arbeitszeit mehrerer Mitarbeiter:innen), zum anderen senden solche Fragen die Botschaft in das eigene Milieu, dass es in den Gedenkstätten nicht mit rechten Dingen zugehe.

Anfeindungen der Gedenkstättenarbeit mit linksextremem und/oder mit islamistischem Hintergrund

Auch von links außen wie auch aus der islamistischen Szene werden Anfeindungen gegen die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora vorgetragen, wenn auch in deutlich geringerem Umfang als von rechts außen. Seit Jahren befindet sich die Stiftung im Rechtsstreit mit der MLPD, die sie 2018 untersagte, zur Eröffnung des Wahlkampfes zur Europawahl eine Veranstaltung auf dem Gedenkstättenengelände durchzuführen. Begründet wurde das Verbot sowohl aus prinzipiellen Erwägungen (die Gedenkstätte soll nicht für parteipolitische Zwecke genutzt werden) als auch mit Positionen der MLPD, die das stalinistische Unrecht u.a. im Speziallager Buchenwald leugnen und die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Ähnliche Positionen werden auch von anderen extrem linken Splittergruppierungen wie der Kommunistischen Organisation (KO) vertreten, mit der es bereits mehrfach Konflikte im Zusammenhang mit Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Buchenwald gab, weil sich Angehörige der Gruppierung weigerten, die Hausordnung anzuerkennen und auf das Zeigen von Parteifahnen zu verzichten. Teilweise wurden durch die Gedenkstätte Hausverbote ausgesprochen.

Vereinzelt kam es nach dem terroristischen Hamas-Angriff auf Israel zu Vorfällen in der Gedenkstätte, bei denen Besucher:innen Holocaust-verharmlosende Positionen verbreiteten, indem sie die israelische Siedlungspolitik und das militärische Vorgehen im Gaza-Streifen mit dem nationalsozialistischen Mord an den europäischen Juden gleichsetzten. Im August 2024 postete die Kommunistische Organisation auf ihrem Telegram-Kanal ein auf dem Parkplatz der Gedenkstätte Buchenwald aufgenommenes Video, in dem eine junge Frau und ein bekannter pro-Hamas-Aktivist de facto den Holocaust mit dem israelischen Vorgehen in Gaza gleichsetzten. Nach Aufforderung durch die Stiftung löschte die KO das Video (sie hatte keine Drehgenehmigung gehabt); die Stiftung erstattete zudem Strafanzeige. Das daraufhin eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde jedoch durch die Staatsanwaltschaft eingestellt.

Folgen für die Bildungsarbeit der Gedenkstätten

Wie sollten Gedenkstätten und Museen auf die geschilderten Angriffe und Anfeindungen und den zunehmenden Geschichtsrevisionismus reagieren?

1. Um historische Urteilskraft als Bildungsziel zu stärken, ist es nicht nur nötig, die Methoden wissenschaftlicher Quellenkritik zu vermitteln, sondern auch

Medienkompetenz. Dies ist nicht nur Aufgabe der Schulen, sondern auch der Gedenkstätten und historischen Museen.

2. Häufig werden geschichtsrevisionistische Mythen, Chiffren und Signalwörter von Menschen außerhalb des Milieus gar nicht in ihrer Bedeutung erkannt – oft, weil das historische Wissen nicht vorhanden ist. Geschichtsrevisionistische Mythen können sich so ungehindert verbreiten; entsprechende Narrative werden zunehmend normalisiert. Hier setzt das Projekt [„Geschichte statt Mythen“](#) an, das von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Kooperation mit der Universität Jena entwickelt wurde. Es verbindet Forschung mit historisch-politischer Bildung: Systematisch werden durch das Monitoring von Reden, Publikationen und Social-Media-Posts geschichtsrevisionistische Positionen in der rechtsextremen und rechtsoffenen Mischszene in Thüringen erfasst und die gängigen Argumentationsmuster ausgewertet. Dabei fragt das Projekt auch nach dem Fortwirken geschichtspolitischer Positionen der SED-Propaganda. Die Ergebnisse werden fortlaufend in einem Blog veröffentlicht. Darin werden nicht nur die gängigen geschichtsrevisionistischen Legenden vorgestellt, sondern es wird auch deutlich gemacht, wer sie mit welchen Mitteln und zu welchem Zweck verbreitet. Einträge finden sich etwa zu den AfD-Politikern Björn Höcke und Jörg Prophet, aber auch zu Erinnerungsorten der Neuen Rechten wie der „Gedächtnisstätte Guthmannshausen“, die Geschichtsrevisionismus mit Ahnen-Esoterik verbindet.
3. Gedenkstätten müssen ihre Bildungsarbeit auch im digitalen Raum verstärken. Der grassierenden Desinformation muss wissenschaftlich fundierte, quellengestützte seriöse Information entgegengestellt werden. Ohne zusätzliche finanzielle Ressourcen ist das nicht machbar; wenn die Online-Angebote ausgebaut werden sollen, kann das nicht nur durch die P+Ö- oder Bildungsabteilungen „nebenher“ erfolgen.
4. Die Erinnerungskultur muss sich vom Opferzentrismus lösen. Sicherlich: Im Zentrum des *Gedenkens* im Sinne der Würdigung der von den Nationalsozialisten Verfolgten und Ermordeten stehen die Opfer. Eine Erinnerungskultur, in der *historisches Lernen* im Mittelpunkt steht, muss aber viel stärker als bisher auch die Täter:innen, Profiteur:innen und Zuschauer:innen in den Blick nehmen und sich mit der Frage ihrer Motivationsstruktur auseinandersetzen. Zudem muss sie fragen, wie in der NS-Gesellschaft das Wechselspiel zwischen der Ausgrenzung von politisch oder rassistisch Unerwünschten auf der einen und Integrationsangeboten an die propagierte „Volksgemeinschaft“ auf der anderen Seite funktionierte: Die Geschichte der Verfolgungsorte und Mordstätten muss eingebettet werden in eine Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Für eine derart erneuerte Erinnerungskultur sind auch Täterorte und Orte nationalsozialistischer Selbstinszenierung wichtig.
5. Im Umgang mit rechtsgerichteten Störern und Angriffen gegen die Erinnerungskultur müssen die Gedenkstätten und Museen eine klare Haltung vertreten – für den liberalen, demokratischen Rechtsstaat, für Vielfalt und Offenheit, für einen humanen Umgang miteinander sowie gegen Rassismus und Antisemitismus und alle Versuche, die NS-Verbrechen zu verharmlosen oder gar zu leugnen. Gegenüber solchen Positionen darf es keine Neutralität geben. Das bedeutet, auch in aktuelle politische Debatten einzugreifen, indem Parallelen, aber auch Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und der Neuen Rechten sowie Rechtspopulisten differenziert

und wissenschaftlich fundiert herausgearbeitet werden. Wer für die Zukunft handeln will, muss die Geschichte begreifen.

6. In jedem Fall haben die Gedenkstätten und Museen die Aufgabe, der Normalisierung rechtsextremer und geschichtsrevisionistischer Diskurse in der öffentlichen Auseinandersetzung entgegenzuwirken. Solche Diskurse sind nicht einfach eine andere Meinung, über die man diskutieren kann, sondern sie stellen als Angriffe auf die reflexive Erinnerungskultur eine wesentliche Grundlage unseres demokratischen Miteinanders in Frage. Hier ist es besser, klare Kante zu zeigen und Intoleranz sowie Holocaust-Verharmlosung in die Schranken zu weisen, als solche Positionen durch ihre Duldung in Gedenkstätten quasi demokratisch zu legitimieren und gesellschaftsfähig zu machen – auch wenn sich die Provokateure danach als Opfer angeblicher Ausgrenzung inszenieren. Denn das tun sie ja sowieso.